

Merseburger Tageblatt

Die Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich am Montag, Mittwoch und Freitag. In den Sonntagen, Feiertagen und an den Tagen der Ernteferien ist keine Ausgabe. Preis: 1 Mark. Ein Jahresabonnement 12 Mark. Der Einzelheft 4 Pfennig. Der Bezug für den Ausland 15 Pfennig. Die Redaktion ist in Merseburg, Postfach 100.

Kreisblatt

Das Kreisblatt ist die amtliche Organ der Kreisverwaltung. Es enthält alle Nachrichten, welche die Kreisverwaltung betreffen. Die Redaktion ist in Merseburg, Postfach 100.

Beilage für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 199.

Sonnabend, den 6. September 1919.

159. Jahrgang.

Die deutsche Antwort an Clemenceau.

Die Zurückweisung des Ententeingriffs.

Wir waren bereits gestern in der Lage, unsere Leser über den vorläufigen Inhalt der deutschen Antwortnote an die Entente des Botschafters zu unterrichten. Ammoch liegt der offizielle Text der Antwortnote vor. Es geht daraus hervor, daß die Regierung erwartungsvoll befrachtet ist, den Annahmen von der Gegenseite mit der größten Energie entgegenzutreten. Der Ton der deutschen Antwort läßt in dieser Hinsicht nichts zu wünschen übrig. Wir wollen hoffen, daß die Regierung diesmal nicht, wie schon so oft in letzter Zeit, von ihrem Standpunkt abweicht. Das Ansehen, das sie sich durch ihr immerwährendes Nachgeben bei der Entente und in eigenen Lande geschaffen hat, kann, wenn sie diesmal handhört, nur zu unsern Gunsten gekehrt werden.

Wir geben im folgenden den Text der Antwort wieder: Berlin, 4. Sept. Die deutsche Regierung hat ihren Vertreter in Versailles beauftragt, im Ministerrat der Entente auf die Note über die Versuchsbestimmungen hinsichtlich Deutsch-Oesterreichs die nachstehende Antwort zu übergeben:

Die alliierten und assoziierten Regierungen sehen nach ihrer Note vom 2. d. M. die Vorschriften des Art. 61 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung über das Recht der Teilnahme des Reichs an internationalen Verträgen als eine Verletzung der Bestimmungen des Art. 80 des Friedensvertrages an und fordern deshalb von der deutschen Regierung, daß sie innerhalb einer Frist von 14 Tagen die geschilderten Maßnahmen trifft, um diese Verletzung durch Ratifikation der Art. 61 Abs. 2 zu beheben. Die deutsche Regierung erklärt hierzu folgendes:

Die deutsche Friedensdelegation in Versailles hat in ihren den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen am 29. Mai d. J. überreichliche Bemerkungen zu den Friedensbedingungen bei der Erklärung des Art. 80 der Weimarer Reichsverfassung gemacht, daß die Bestimmungen des Art. 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schicksal ausseracht gelassen wird, sich nicht auf die Verfassung übertragen können, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersprechen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. hierauf erwidert, daß sie von dem deutschen Recht auf eine gewissenhafte Verwirklichung der Grenzen Kenntnis nehmen. Zerschneiden ist ihnen nicht angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Art. 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schicksal ausseracht gelassen wird, sich nicht auf die Verfassung übertragen können, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersprechen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. hierauf erwidert, daß sie von dem deutschen Recht auf eine gewissenhafte Verwirklichung der Grenzen Kenntnis nehmen. Zerschneiden ist ihnen nicht angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Art. 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schicksal ausseracht gelassen wird, sich nicht auf die Verfassung übertragen können, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersprechen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. hierauf erwidert, daß sie von dem deutschen Recht auf eine gewissenhafte Verwirklichung der Grenzen Kenntnis nehmen. Zerschneiden ist ihnen nicht angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Art. 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schicksal ausseracht gelassen wird, sich nicht auf die Verfassung übertragen können, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersprechen.

Trotz dieses Sachverhalts halten die alliierten und assoziierten Regierungen die Annahme deutschösterreichischer Vertreter zum Reichsrat für unvereinbar mit dem Art. 80 des Friedensvertrages, weshalb ihnen die Unabhängigkeit des Landes, weil diese Annahme den Zustand des Reichs zwischen Deutschland und Oesterreich schaffe und weil sie eine gemeinsame politische Position der beiden Länder zur Folge habe. Diese Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen läßt eine Auslegung des Art. 80 des Friedensvertrages erkennen, die von der deutschen Regierung bisher vertretene Auffassung abweicht. Deshalb wird nicht auf den Inhalt der Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 2. Sept. in der Lage sein, seinen bisherigen Standpunkt in dieser Hinsicht aufrecht zu erhalten. Dadurch wird eine Verletzung des Art. 80 des Friedensvertrages durch die deutsche Regierung nicht erforderlich.

Deutsches Gut in Gefahr!

Es ist eine schon wiederholt festgestellte auffällige Erscheinung, daß die Börse trotz aller Werten, Unübersichtlichkeit und Wägen eine feste Haltung bewahrt, und besonders, daß die Kurse der Industrieaktien in der Mehrzahl keine oder nur vorübergehende Rückgänge erleiden, verschiedentlich aber sogar noch erheblich gesteigert worden sind. Selbst die Staatsanleihen, die bei den alliierten Mächten und bei den Banken der alliierten Mächte, die früher zu den am besten finanzierten und rentabelsten Werten Deutschlands gehören, vermochten bisher nur vorübergehend die Kurse der Aktien der wert. Unternehmungen zu drücken. Dabei bringt jeder Tag neue Anlagen der Industrie, die früher zu den am besten finanzierten und rentabelsten Werten Deutschlands gehören, vermochten bisher nur vorübergehend die Kurse der Aktien der wert. Unternehmungen zu drücken. Dabei bringt jeder Tag neue Anlagen der Industrie, die früher zu den am besten finanzierten und rentabelsten Werten Deutschlands gehören, vermochten bisher nur vorübergehend die Kurse der Aktien der wert. Unternehmungen zu drücken. Dabei bringt jeder Tag neue Anlagen der Industrie, die früher zu den am besten finanzierten und rentabelsten Werten Deutschlands gehören, vermochten bisher nur vorübergehend die Kurse der Aktien der wert. Unternehmungen zu drücken.

Auf den ersten Blick kann man jede Verflechtung des ausländischen Kapitals an deutschen Gesellschaften gerade in unserer heutigen großen Notlage infolgedessen erwidern und von Vorteil sein, als sie geltend ist, und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und besonders auch die Wiederherstellung des Vertrauens zur deutschen Arbeit und Leistungsfähigkeit im Auslande zu erleichtern. Das haben wir vor dem Kriege, und solange diese Verflechtung zu vollen Preisen erfolgte, stets zu würdigen gewohnt. Außerdem hat das deutsche Kapital früher ebenfalls in umfangreichem Maße industrielle Anlagen und Verflechtung gekauft und gefunden und ein finanzielles, sondern aus allgemeiner Art gebracht. Siehe ich nun das deutsche Kapital auf dem Weltmarkt zur Schmach verurteilt. Gleichzeitig bedeuten aber die Ausfälle von Aktien deutscher Gesellschaften durch das Ausland schon deswegen eine ernste Gefahr für unser Wirtschaftsleben, weil sie uns Grund der oben geschilderten Spottrede eine Verflechtung besten deutschen Vermögens und hiermit geradezu einen Raub deutschen Vermögens bedeuten können.

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. hierauf erwidert, daß sie von dem deutschen Recht auf eine gewissenhafte Verwirklichung der Grenzen Kenntnis nehmen. Zerschneiden ist ihnen nicht angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Art. 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schicksal ausseracht gelassen wird, sich nicht auf die Verfassung übertragen können, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersprechen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. hierauf erwidert, daß sie von dem deutschen Recht auf eine gewissenhafte Verwirklichung der Grenzen Kenntnis nehmen. Zerschneiden ist ihnen nicht angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Art. 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schicksal ausseracht gelassen wird, sich nicht auf die Verfassung übertragen können, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersprechen.

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. hierauf erwidert, daß sie von dem deutschen Recht auf eine gewissenhafte Verwirklichung der Grenzen Kenntnis nehmen. Zerschneiden ist ihnen nicht angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Art. 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schicksal ausseracht gelassen wird, sich nicht auf die Verfassung übertragen können, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersprechen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Antwort vom 16. Juni d. J. hierauf erwidert, daß sie von dem deutschen Recht auf eine gewissenhafte Verwirklichung der Grenzen Kenntnis nehmen. Zerschneiden ist ihnen nicht angenommen worden, daß es den Bestimmungen des Art. 80 der Friedensbedingungen, der in seinem Schicksal ausseracht gelassen wird, sich nicht auf die Verfassung übertragen können, sich einem etwaigen Wunsch der Bevölkerung Oesterreichs nach Wiederherstellung des staatlichen Zusammenhanges mit dem deutschen Stammlande zu widersprechen.

Die deutsche Regierung hat nach ihrer Ansicht keinen Anlass dazu gegeben, das Verlangen nach Ratifikation der Weimarer Reichsverfassung der deutschen Verfassung mit dem Friedensvertrage in einer derart straffen Form zu stellen, wie dies in der Note der alliierten und assoziierten Regierungen geschehen ist.

Wenn diese Regierungen für den Fall einer Ablehnung ihrer Forderung mit einer Ausdehnung der Besetzung drohen und sich hierfür auf den Art. 429 des Friedensvertrages berufen, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Friedensvertrag — ganz abgesehen davon, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihn bisher nicht ratifiziert haben und daher ihre Ansprüche vom Rechtsstandpunkt aus überhaupt nicht darauf gründen können — für eine solche Maßnahme keine Stütze bietet. Der Art. 429 steht zwar unter gewissen Umständen eine längere Dauer, aber keine dringende Ausdehnung der Besetzung vor. Die deutsche Regierung kann daher in der Ausübung einer derartigen Maßnahme nur einen tief bedauerlichen Gewalttat sehen.

In Ägypten gärt es.

Kopenhagen, 4. Sept. Nach einem Londoner Telegramm wird die Haltung der ägyptischen Bevölkerung gegenüber den Engländern immer herausfordernder. Die Lage in Kairo und in den anderen Städten ist sehr beunruhigend. Der Eingeborenen hat sich eine Mut darüber bemächtigt, daß es der ägyptischen Regierung in Paris nicht gelungen ist, die ägyptische Selbstverwaltung durchzuführen. Große Volksmassen ziehen in Kairo durch die Straßen und rufen: „Ägypten für die Ägypter!“ Um die Menge zu zerstreuen, müssen die Engländer immer wieder Tanks auffahren lassen. Eine der Hauptursachen der Unruhen ist, daß Italien das Protektorat Englands über Ägypten anerkannt hat.

Ein Attentat auf den Premierminister von Ägypten.

London, 4. Sept. Reuter, „Daily Telegraph“ zufolge ist in London die Nachricht eingetroffen, daß ein Attentat auf den Premierminister von Ägypten unternommen worden. Es wurden Bomben auf ihn geworfen. Er blieb unverletzt.

Die autonomistische Bewegung im Elß wird drohend!

Die offizielle Elßer Presse fordert energische Maßnahmen gegen die Autonomisten, da die Bewegung immer weiter um sich greift und Post-, Eisenbahn- und Polizeibeamte gemeinsame Sache mit den Autonomisten machen. Unablässig überformen das Land. In allen Ecken und Winkel sind die Autonomisten zu sehen. Sie fordern die zur Erhebung auffordern. Truppenverpflichtungen sind in Straßburg an der Arbeit.



